

Lehr- und Fachkräfte Mangel an Schulen in NRW – Verlust von Bildung!

Nicht nur, aber insbesondere an herausfordernden Standorten, fehlen Lehrkräfte und andere Fachkräfte. Besonders viele Grundschulen, Förderschulen, Gesamtschulen und Berufskollegs sind betroffen. Nur bei den Gymnasiallehrkräften gibt es noch einen Überhang in bestimmten Fachschaften, aber auch dort fehlen Lehrkräfte wie Naturwissenschaften.

Trotz des Anreizes den Lehrberuf durch eine finanzielle Gleichbehandlung, Familienfreundlichkeit oder zusätzlicher Mehrbezahlung attraktiver zu machen, ist es nicht gelungen Stellen zu besetzen. Unterrichtsqualität und Vielfalt der Angebote hängen daher nicht zwangsläufig mit der Besoldung zusammen. Aus der hohen Anzahl von Teilzeitkräften im Lehrberuf kann man ablesen, dass entsprechende Angebote gerne wahrgenommen werden. Jedoch ist die Rücksicht auf die Familien nicht der einzige Grund, sondern auch wegen einer zunehmend empfundenen Überlastung. Die zunehmende Diversität und Vielfalt, stellt Lehrkräfte vor unterschiedlichen Herausforderungen, denen auch differenziert begegnet werden muss. Daher kann ein höheres Gehalt den Trend auch befördern, wenn nicht auch die Attraktivität des Standortes an sich gesteigert wird. Je mehr aber verbeamtete Lehrkräfte in Teilzeit gehen, desto mehr verschärft sich auch das Problem an diesen Standorten, da bei Elternteilzeit aus beamtenrechtlichen Gründen der nicht wahrgenommene Teil der Stelle nicht mit einer anderen Lehrkraft langfristig nachbesetzt werden kann.

Um aber die Attraktivität benachteiligter Standorte zu steigern, braucht es eine bessere Ausstattung der Schulen. Hierbei spielt langfristig die Senkung des Klassenfrequenzrichtwerts, um kleinere Klassen zu bilden, eine zentrale Rolle. Die Wirksamkeit konnte mit der Bildung der Talentschulen festgestellt werden. Dazu braucht es aber noch mehr Stellen. Solange die Stellen aber schulscharf ausgeschrieben werden, sorgt die knappe Personaldecke für eine weitere Verschiebung zu Lasten benachteiligter Standorte und herausfordernder Schulformen. Abordnungen lösen das Problem nicht langfristig, sondern verhindern eine Verlässlichkeit. Denn sowohl an den abgebenden Schulen als auch bei den betroffenen Lehrkräften und Eltern löst das oft Frustrationen aus, was der Arbeitsatmosphäre nicht dienlich ist. Die mangelnde Attraktivität benachteiligter Standorte hängt aber auch mit maroden Gebäuden und einem viel zu geringen Schulbudget zusammen, dass nicht durch finanziell potente Fördervereine, externe Sponsoren oder besonders liquide Kommunen ausgeglichen werden kann.

Fehlt es an personellen Ressourcen, findet auch niemand Zeit, Fördermittel zu beantragen oder wirtschaftliche Förder- oder Kooperationsstrukturen zu schaffen. Gleichzeitig werden Schulen immer mehr administrative Arbeiten aufgebürdet. Doch gerade Grund- und Förderschulen sind häufig nur mit einer halben Sekretariatsstelle versehen, so dass nicht einmal Schulleitungen ausreichend Unterstützung bekommen. Die zunehmenden administrativen und fachfremden Arbeiten einer Lehrkraft verkürzen in den letzten Jahren die eigentliche Lehrzeit. Dies gilt auch für das Verfahren für Neueinstellungen.

Das Gelingen von Bildung hängt von den Voraussetzungen vor Ort und der Ausstattung der Schulen ab, wie von der weiteren personellen Entlastung durch andere Fachkräfte. Um in der sich zuspitzenden Bildungskrise Chancengleichheit herzustellen, müssen neue Wege gegangen werden, manche davon vielleicht nur befristet, doch schnellstmöglich. Es braucht daher ein nachhaltiges Gesamtkonzept und dazu alle Bildungsakteure an einem Tisch:

Landeselternkonferenz NRW

- Ein vergleichbares Angebot wie zur Behebung des Landarztmangels, könnte vergleichbar für benachteiligte Standorte auch für den Lehrberuf erwogen werden. Gerade das Lehramtsstudium für Grundschulen ist immer noch sehr beliebt, der Zugang aber durch einen NC blockiert. Studierwilligen, die bereit sind, eine befristete Zeit an benachteiligten Standorten zu unterrichten, könnte ein Studienplatz bevorzugt angeboten werden.
- Duale Lehramtsstudiengänge, die das Studium mit (bezahlten) Praktika kombinieren, und Ein-Fach-Studiengänge könnten auch Studierwilligen mit Fachabitur oder mit Berufsabschlüssen den Einstieg ermöglichen. Schaffung von mehr studienplatznahen und ausreichend bezahlten Referendariatsstellen, auch für Quereinsteiger. Die Bezahlung der Praktika und Referendariatsstellen muss schnellstmöglich erfolgen, weil damit andere Bundesländer längst studierwillige locken.
- Erleichterte Einstellungsmöglichkeiten für Lehrkräfte aus dem Ausland und Quereinstieg. Hier braucht es ein Abbau von Bürokratie, damit bereits fachlich qualifizierte Personen sich in der Praxis beweisen können und so eine Festanstellung erhalten. Hier könnten bezahlte Praktika, mit begleitenden Qualifizierungen, Schulen sofort Einstellungen erlauben.
- Zu diskutieren ist auch, ob eine schulscharfe Ausschreibung für Lehrkräfte aufrechterhalten werden kann. Oder ob nicht in einer Krisensituation von Lehrkräften genau wie von Beamten in anderen Berufsgruppen ein höheres Maß an Solidarität eingefordert werden kann und zumindest vorübergehende eine Aussetzung der schulscharfen Ausschreibung diskutiert werden muss. Damit langfristig wieder eine Attraktivitätssteigerung benachteiligter Standorte überhaupt erzielt werden kann.
- Bezüglich der Teilzeitkräfte sollte festgestellt werden, wie viele sich tatsächlich in Elternzeit befinden, wie viele eine kurzfristige Teilzeit beantragt haben oder sich in außerschulischen Abordnungen befinden. Zurückbeordnungen und Zuteilungen von Lehrkräften sollten in Krisenzeiten kein Tabu mehr sein, bevor es z. B. zu Abordnungen von Lehrkräften aus anderen Schulen kommt. Solche Zuteilungen könnten befristet werden mit der Aussicht auf eine Wunschschule/-stelle. Auch ein finanzieller Ausgleich wäre denkbar. Die hohe Zahl an Teilzeitkräften muss aber grundsätzlich auch durch mehr Stellen, nicht nur mehr Köpfe im System ausgeglichen werden.
- Da die Besoldung aber nur eine untergeordnete Rolle bei der Attraktivität des Schulstandorts spielt, braucht es eine ehrliche Ermittlung des tatsächlichen finanziellen Gesamtbedarfs damit Schulen von der Liquidität der Familien oder Kommunen unabhängig werden. Hierzu braucht es eine passgenaue Ermittlung des Sozialindex der Schülerinnen und Schüler, so dass Lernmittel entsprechend angepasst werden können. Daher muss der tatsächliche Lernmittelbedarf ermittelt werden. Weil es die eigentliche Lernmittelfreiheit aber schon lange nicht mehr gibt, muss diese ebenso neu gedacht werden und stärker einkommensabhängig und sozial gestaltet werden.
- Entlastungskräfte für administrative Aufgaben an den Schulen, zusätzliche Verwaltungsschulleitungen, Sozialpädagogen, medizinische Fachkräfte, Teilhabeassistenzen, damit Lehrkräfte gerade an herausfordernden Standorten mehr Zeit für Unterricht haben. Damit ist nicht nur die Erhöhung der Sekretariatsstellen gemeint, um Schulleitungen zu entlasten. Dabei könnten z.B. auch zusätzliche verwaltende Konrektoren Stellen geschaffen werden. Grundsätzlich müssen aber auch die Lehrkräfte selbst entlastet werden von Administrationsarbeiten und brauchen Erziehungshilfen.

Landeselternkonferenz NRW

Daher braucht es sowohl Administrationskräfte für Lehrkräfte, aber auch nachrangig pädagogisch entlastende Kräfte im Unterricht. Mit Blick auf den Ausbau des Ganztags und der Inklusion, können Synergien hergestellt werden. Es braucht eine Aufhebung der Konnexitätsverflechtungen und eine passgenaue Bedarfsanalyse des Standorts. Nur so kann dem individuellen Bedarf schon vorzeitig begegnet werden, wenn er durch die Grundausstattung aufgefangen werden kann und zu keiner Überlastung mehr führt. Nur so kann auch diesem Personal langfristig eine Perspektive geboten werden, Multiprofessionelle-Teams wachsen und Bildung gelingen.

Die Einrichtung eines übergreifenden Kommunalen und Landes-Arbeitsgremiums zur Sicherung mit allen Bildungsakteuren von Schulleitungen, Lehrkräften, Eltern, Schülerschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Politik scheint daher längst überfällig, damit dem Mangel effektiv begegnet werden kann und eine chancengleiche Bildung gesichert werden kann. Wie relevant Bildung ist, kann und darf nicht länger nur Wahlkampfthema bleiben, sondern muss als Indikator für den gesellschaftlichen Zusammenhalt gesehen und verstanden werden.

LEK NRW Vorstand

Dortmund, 26. September 2022